

mit deutschen Äpfeln

*mit deutschen Eiern
aus Bodenhaltung*

*mit deutschem Mehl
und deutschem Zucker*

KULTURKAMPF VON RECHTS

Diskursverschiebung

Wie der »Kulturkampf von rechts« die Gesellschaft verändert

Erfolg der Ost-West-Spaltung

Zu den Ergebnissen der AfD bei der Bundestagswahl in Sachsen-Anhalt

Die Melodie des Untergangs

Die AfD wird als Opposition im Bundestag den Kulturkampf der Neuen Rechten führen

Vom Reden in schwierigen Zeiten

Möglichkeiten und Grenzen des Dialogs

Ästhetische Mobilmachung

Die medialen Strategien der Neuen Rechten stellen die journalistische Berichterstattung vor neue Herausforderungen

Diskursverschiebung

Wie der »Kulturkampf von rechts« die Gesellschaft verändert

Von Pascal Begrich

Das gesellschaftliche Klima in Deutschland hat sich seit der Gründung der AfD 2013, dem Auftreten von PEGIDA ab 2014 und den Wahlerfolgen der AfD als rechtspopulistische Partei in den Folgejahren grundlegend verändert. Es haben sich – womöglich dauerhaft – für den Rechtspopulismus anfällige Milieus herausgebildet, deren gemeinsamer Nenner Ressentiments gegen gesellschaftliche Minderheiten sind. Dieser Resonanzraum kann von rechtspopulistischen Themenkonjunkturen und tagespolitischen Debatten »in Schwingung gebracht werden«, wie es der Politikwissenschaftler Hajo Funke formuliert – sei es in Form von Wählerpotentialen für rechte Parteien, der Mobilisierung auf der Straße, der Mobilisierung in den Sozialen Medien, dem Agieren von Bürgerinitiativen oder als rechte und rassistische Gewalt. Auslöser und zugleich Profiteur solcher Schwingungen ist ein eher kleines, aber umso lautstärkeres Netzwerk neurechter Akteure, wie AfD, PEGIDA, das »Institut für Staatspolitik«, »Identitäre«, »Besorgte Eltern« oder christliche Fundamentalist*innen.

Rechtspopulistischer Resonanzraum

Diese Akteure und die von ihr aktivierbaren Milieus zwingen der Politik und den Medien ihre thematische Agenda auf. Anders ausgedrückt: Wir erleben derzeit eine insbesondere außerparlamentarische, medial verstärkte Themensetzung auf der Basis ressentimentgeleiteter Narrative. Populäre Erzählungen wie die von der vermeintlich steigenden Kriminalität durch den Anstieg der Flüchtlingszahlen, von der »Islamisierung« aller Lebensbereiche bis hin zur Abschaffung von Weihnachtsbräuchen, von der »Bedrohung« der Grundfesten der Gesellschaft durch die »Gender-Ideologie« oder auch die vom zentral gesteuerten »großen Austausch« der einheimischen Bevölkerung haben Konjunktur und Konsequenzen. Besonders populär ist das Narrativ von den vermeintlichen »Tabuzonen« der gesellschaftlichen Diskussion und die Klage über die Unterdrückung von »unpopulären« Meinungen. Dabei ist inzwischen in den Parlamenten und der medialen Öffentlichkeit (fast) alles sagbar geworden. Der offenen Verwendung der Sprache des Nationalsozialismus etwa wird zwar Empörung, aber keine wirksame diskursive Sanktion entgegengesetzt.

Offenkundig hat sich innerhalb der zurückliegenden zwei Jahre der öffentliche Diskurs so weit nach rechts verschoben wie seit Beginn der 1990er Jahre und der damaligen Asyldebatte nicht mehr. Jenseits aktueller Umfragewerte, Wahlerfolge und Klickzahlen im Internet ist dies der eigentliche Erfolg neurechter Netzwerke in Deutschland.

Mediale Verstärkung

Deutlich wird die Diskursverschiebung in der medialen Aufbereitung und Präsentation tagespolitischer Debatten. Zumeist mit überproportionaler Repräsentanz rechtspopulistischer Akteure und unter Ausschluss der hiervon betroffenen gesellschaftlichen Minderheiten geschieht dies in Form von problem- statt lösungs- und ressourcenorientierten Talkshows und Dokumentationen zu Themen wie Islam, Zuwanderung oder Feminismus. Erkennbar war diese Diskursverschiebung darüber hinaus an der Dominanz der von Rechtspopulist*innen zur Diskussion gebrachten Fragestellungen insbesondere im zurückliegenden Bundestagswahlkampf.



Wie kann dieser Diskursoffensive, dem »Kulturkampf von rechts«, durch Politik und Medien, aber auch durch zivilgesellschaftliche Akteure begegnet werden? Wie kann die beschriebene Diskursverschiebung nach rechts verringert oder rückgängig gemacht werden?

Eigene Themensetzung und Stärkung der Betroffenen

Zentral hierfür ist die Erkenntnis, nicht jedes Thema sofort aufzugreifen, dass von der neuen Rechten mit ihren Inszenierungen und skandalträchtigen Beiträgen in die Debatte eingeführt wird. Ein Thema wird erst Bestandteil des öffentlichen Diskurses, eine vermeintliche Tabuverletzung erst dann zum Skandal, wenn der Aspekt breit öffentlich verhandelt wird. Gesellschaftlich relevante Fragestellungen zu rechten Diskursthemen – Asyl, Integration, Vertrauensverlust politischer Parteien u.ä. – müssen und sollten wiederum nicht auf Grundlage von Ressentiments und zu den Bedingungen rechtspopulistischer Stichwortgeber*innen verhandelt werden. Hierzu gehören auch und vor allem die Beteiligung gesellschaftlicher Minderheiten am Diskurs, die Berücksichtigung der verschiedenen Perspektiven auf ein Thema sowie ein nüchterner Faktencheck.

Zugleich muss die Dialogfrage neu gestellt werden. Wie kann es gelingen, den rechtspopulistischen »Resonanzraum« anzusprechen, ohne neurechten Akteuren eine Bühne zu bieten oder »besorgte Bürger« zur Artikulation ihrer Ressentiments einzuladen? Hier gilt es einerseits, sich ggf. deutlich für die Anerkennung der Menschenwürde zu positionieren und menschenverachtende Positionen klar zurückzuweisen. Andererseits sollte der Raum für den Austausch von Lebenserfahrungen und Biographien geöffnet werden. Dies gilt insbesondere für die ostdeutschen Bundesländer und die Aufarbeitung der Erfahrungen und Erlebnisse der Nach-Wende-Jahre.

Vor allem aber müssen jene Gehör finden, die von den ressentimentgeleiteten Narrativen und rechter Gewalt betroffen sind. Es gilt, jene zu stärken, die sich für eine liberale, vielfältige und weltoffene Gesellschaft engagieren.

Über das Ergebnis der Bundestagswahl hinaus will das vorliegende Themenheft »Kulturkampf von rechts« dabei helfen, den kulturellen Angriff der Rechten auf die offene Gesellschaft in seinen variantenreichen Facetten zu verstehen und Strategien zu finden, mit denen eine erfolgreiche Auseinandersetzung geführt werden kann.

Erfolg der Ost-West-Spaltung

Zu den Ergebnissen der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Sachsen-Anhalt

Von David Begrich

Vor dem Hintergrund der Bundestagswahl wird vor allem eines deutlich: Die politisch-kommunikative Strategie der AfD geht mit einer fehlenden Diskussion der Ursachen ihres Erfolgs zusammen.

Bei der Bundestagswahl 2017 erzielte die AfD in Sachsen-Anhalt einen Stimmenanteil von 19,6 Prozent. Damit hat die rechte Partei im Vergleich zu den Landtagswahlen im März 2016 zwar ein Fünftel ihres Anteils – hingegen jedoch nur 10 Prozent der absoluten Stimmen – verloren, konnte sich aber als zweitstärkste politische Kraft im Bundesland behaupten. Wie bei den Landtagswahlen wird in der Betrachtung des Ergebnisses der Bundestagswahl das ausgeprägte Gefälle zwischen Land und Stadt sowie zwischen dem Norden und dem Süden Sachsen-Anhalts deutlich. Während die Ergebnisse der Partei in den nördlichen Bundestagswahlkreisen hinter der Zwanzig-Prozent-Marke zurückblieben, erreichte die AfD im Süden und in Teilen des Ostens Ergebnisse, die über dem Landesdurchschnitt liegen.

Im Landtag von Sachsen-Anhalt tritt die AfD seit Beginn der Legislatur im April 2016 mit offen völkisch-nationalistischen Provokationen auf. Anders als in Sachsen jedoch, wird die Partei in Sachsen-Anhalt nicht von einem organisierten Netzwerk rassistischer Bürgerinitiativen vor Ort getragen. Eine nennenswerte Rückkopplung zwischen parlamentarischen Initiativen der AfD und außerparlamentarischen, rassistischen Bürgerinitiativen gegen Asylbewerber*innen war nur unmittelbar nach der Landtagswahl im Wahlkreis Anhalt erkennbar. Öffentliche und reichweitestarke Aktivitäten der AfD-Kreisverbände sind nicht erkennbar. Das Ergebnis der Bundestagswahl zeigt jedoch, dass die AfD für Wahlerfolge nicht auf eine reale soziale Verankerung angewiesen ist, sondern bislang erfolgreich auf – mitunter regional gefärbte – rechte Narrative setzt, die sie insbesondere in sozialen Netzwerken verbreitet.¹

Unter den Wähler*innen der AfD sind Arbeitslose, Arbeiter*innen und Selbstständige – in dieser Reihenfolge – am stärksten vertreten. Zudem sind es überdurchschnittlich Männer, die die AfD gewählt haben. Den stärksten Zustrom von Wähler*innen konnte die Partei im Milieu bisheriger Nicht-Wähler*innen aus den Generationenkohorten der 30- bis 44-jährigen und der Gruppe der 45- bis 59-jährigen rekrutieren. Verluste an die AfD gab es

insbesondere bei den Wähler*innen von CDU und der LINKEN. Die Erwartungen der AfD auf mindestens ein Direktmandat im Wahlkreis Anhalt-Bitterfeld haben sich allerdings nicht erfüllt.

Ursachen für den Wahlerfolg in Ostdeutschland

Für den Wahlerfolg der AfD in den ostdeutschen Bundesländern sind vier Aspekte und deren Zusammenspiel bestimmend:

1. Reale und wahrgenommene ökonomische Benachteiligung

Nicht nur das evidente Einkommensgefälle und die langfristigen Effekte von Niedriglohn oder der Bezug von Hartz IV wirken sich negativ auf die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe aus. Mechanismen sozialer Zurücksetzung werden über die soziale Lage oder das tatsächliche Einkommen ebenso erfahren, wie über den Vergleich mit dem Status anderer. Die allseits gesellschaftlich erwartete Leistungsbereitschaft kann von Menschen, die seit der Wiedervereinigung vielfache biographische und berufliche Umbrüche erlebten, nicht durch soziale Anerkennung ausgeglichen werden. Mannigfaltige Effekte der Globalisierung und des regionalen Strukturwandels der Arbeitswelt sorgen dafür, dass Menschen, deren sozialer Status und berufliche Qualifikation prekär sind, Migrant*innen als Konkurrent*innen beim Zugang zu Wohnraum und Arbeit erleben. Während gut ausgebildete Akademiker*innen mit transnational einsetzbaren Kompetenzen aus naheliegenden Gründen für Weltoffenheit und Toleranz optieren, erleben Menschen, die diese Kompetenzen nicht haben, den Globalisierungsdruck als Bedrohung und realen sozialen Abstieg.² Europaweit weisen sozialwissenschaftliche Studien hier eine Spaltung der Gesellschaft entlang dieser Bruchlinien aus.

2. Kulturelle Entfremdung

Damit verknüpft sind Mechanismen kultureller Entfremdung von den öffentlich dominierenden Deutungs-

vorlagen zur Interpretation dieses gesellschaftlichen Wandels. Wähler*innen der AfD artikulieren in stärkerem Umfang als die Wähler*innen anderer Parteien eine Entfremdung gegenüber der politischen Kultur des Landes. Sie sehen sich stigmatisiert durch moralische Diskurse, die ihnen die Plausibilität rechter und rassistischer Weltbilder bestreiten und mit ihren Erfahrungen weder politisch noch kulturell repräsentiert. Von der Rezeption der »klassischen« Medien und der etablierten politischen Kultur haben sich diese Menschen in eine Parallelöffentlichkeit verabschiedet, in der sie von Einsprüchen gegen den Kreislauf der Selbstbestätigung rechter Narrative nicht mehr erreicht werden.

Ausgeprägt artikuliert wird diese kulturelle Entfremdung von der Alterskohorte der 45- bis 65jährigen. Ihre biographischen Erfahrungen und kulturellen Prägungen in der DDR und der unmittelbaren Nachwendezeit sind es, die in einer von westdeutschen Akteuren und Kommunikationsformaten geprägten öffentlichen Debatte nicht oder nur exemplarisch vorkommen. Diese Gruppe erfährt sich in Medien und Politik ohne Repräsentation und sieht ihre Lebenserfahrungen als entwertet an.

3. Abwanderung und Genderfrage

Die Abwanderung junger und gut qualifizierter Menschen – vor allem Frauen – aus einer Region hat Auswirkungen auf deren kulturelle und soziale Mobilität und Offenheit. Der Rückgang sozialer und kultureller Infrastruktur verstärkt bei den in der Region verbliebenen Menschen den Eindruck des »Abgehängt-Seins« und das Gefühl von Handlungslosigkeit gegenüber den Prozessen gesellschaftlichen Wandels.

Zugleich eröffnet das Wahlergebnis der AfD einen Blick auf die geschlechterpolitische Spaltung der Wähler*innenschaft. Anders ausgedrückt: Männer wählen die Männerpartei AfD. Diese repräsentiert eine maskulin zentrierte Geschlechterordnung, die sich real und diskursiv in Auflösung befindet. Die klassischen patriarchalen Formate des Erwerbs sozialer und psychischer Anerkennung durch und für Männer sind in der Krise. Dies wird von der männlichen Wähler*innenschaft der AfD als Bedrohung erlebt und in Homosexuellenfeindlichkeit, Sexismus und Rassismus übersetzt.

4. Rechtsautoritarismus und Rassismus

Zahlreiche Untersuchungen belegen die in Ostdeutschland erhöhte Zustimmungsbereitschaft zu rechten, autoritären und rassistischen Einstellungen. Laut der zurückgezogenen Studie der vormaligen Ostbeauftragten ist zugleich die Bereitschaft in Ostdeutschland, selbstkritisch über die Hegemoniefähigkeit autoritärer und rassistischer Strömungen zu diskutieren, nicht gegeben, solange die Auseinandersetzung als eine »von außen« (d.h. vom »Westen«) aufgezwungene Debatte angesehen wird.

Will man die Ursachen für rechtspopulistische Wahlerfolge in Ostdeutschland verstehen und erfolgreiche Strategien im Umgang damit entwickeln, ist diese Debatte jedoch notwendig. Dabei muss es sowohl um eine Beschreibung der Traditionslinien für rechten Autoritarismus und Rassismus gehen, als auch um die Suche nach Anknüpfungspunkten für eine demokratischen Kultur, die nicht nur von westdeutschen (bildungsbürgerlichen) Formaten bestimmt ist. Es braucht Diskursformate, in denen nicht Ressentiments wie bei PEGIDA, sondern die biographischen Erfahrungen der Wende- und Nachwendejahre im Mittelpunkt stehen. Motivlagen wie die Zustimmungsbereitschaft zu rassistischen Einstellungen, sowie die Frage nach kollektiven biographischen Brüchen und ihre Deutung als totale Entwertung, müssen nicht als Gegensatz, sondern verbunden diskutiert werden. Überhaupt kommt der Frage des Zur-Sprache-Kommens eine Schlüsselfunktion in der Debatte zu. Welche gesellschaftlichen Gruppen werden gehört? Welche nicht? Wer wird gehört und wer nicht?

Ost – West-Spaltung thematisieren

Das rechtspopulistische Wahl- und Protestverhalten in den ostdeutschen Bundesländern verweist auf eine Ost-West Spaltung. Diese muss, entgegen der Tendenz politischer Eliten, den Ost-West Konflikt für erledigt zu erklären, thematisiert werden. Dies schließt ostdeutsche Selbstkritik ebenso ein, wie ein Zurückweisen pauschaler westdeutscher Deutungsmuster, wie sie insbesondere in Bezug auf Sachsen im Umlauf sind.

Der Osten ist anders geblieben. Das ist er selbst dort, wo der Blick auf zivilgesellschaftliche Strukturen fällt.³ Die Erwartungen an das Entstehen einer analog zu Westdeutschland verfassten Zivilgesellschaft in Ostdeutschland haben sich nicht erfüllt. Akteure ostdeutscher Zivilgesellschaft und demokratischen Engagements agieren nach wie vor exemplarischer, als in den breiter aufgestellten Strukturen in Westdeutschland. Deshalb sind zivilgesellschaftliche Mikrostrukturen als Orte der Renitenz und der Non-Konformität dort zu verteidigen: in den ländlichen und kleinstädtischen Sozialräumen der ostdeutschen Länder.

1 Hillje, Johannes: Propaganda 4.0. Wie rechte Populisten Politik machen, Bonn 2017, S. 158.

2 Vgl. Nachtwey, Oliver: Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Frankfurt a. M. 2016 und Klaus Dörre, Karin Scherschel, Melanie Booth et al. (Hg.): Bewährungsproben für die Unterschicht, Frankfurt a. M. 2013.

3 Vgl. Schmitz, Christoph und Marg, Stine: »In Bewegung gegen rechte Bewegungen«, in: Forschungsjournal soziale Bewegungen, Heft 2/2017, S.59ff.

Die Melodie des Untergangs

Die AfD wird als Opposition im Bundestag den Kulturkampf der »Neuen Rechten« führen

Von David Begrich

Es ist nicht ausreichend, auf die Ergebnisse der AfD bei den Landtagswahlen oder bei der Bundestagswahl zu schauen. Die Wahlerfolge der AfD sind Teil eines umfassenden Kulturkampfes, der in der Gesellschaft tobt und der von intellektuellen Akteuren der »Neuen Rechten« befördert und betrieben wird. Die AfD ist darin für sie nur das aktuelle Mittel zum Zweck, ein Baustein für das angestrebte gesellschaftliche Rollback, das viel breiter angelegt ist, als es die Anträge der AfD in den Landtagen und bald auch im Bundestag vermuten lassen.

Kultur, Migration oder Gender: Im Grunde genommen werden alle Fragestellungen, die mit dem gesellschaftlichen Zusammenleben zusammenhängen von der »Neuen Rechten« seit Jahrzehnten diskutiert – als Generalangriff auf die offene Gesellschaft. Dessen Essenzen greift die AfD nun wie aus einer Schatzkiste auf. Es geht dabei – und das ist wichtig zu verstehen – nicht nur darum, das Rad der Emanzipation hinter das Jahr 1968 zurückzudrehen, so wie es häufig in der Rhetorik von Alexander Gauland, Björn Höcke oder Jörg Meuthen zu hören ist. Es geht, und das ist in jeder Zeile der Programme der AfD nachzulesen, um den Kampf gegen die bürgerlichen Freiheiten, wie sie das Jahr 1789, das Jahr der bürgerlichen Revolution in Frankreich, versinnbildlicht.

Die AfD übt nicht nur konservative Kritik an Erscheinungsformen gesellschaftlicher Veränderung sondern strebt einen grundsätzlichen, alle Sphären der Gesellschaft umfassenden Systemwechsel an. Dem geht eine Erzählung voran, in der Liberalismus, die Weltanschauung von der freien Entfaltung des Menschen, als Inbegriff für Dekadenz und einen gesellschaftlichen Verfall im Endstadium steht. Dementsprechend werden von rechts die Untergangsszenarien beschworen: Deutschland steht vor einem Abgrund, es ist die letzte Party auf der Titanic. Alle Lichter werden angeschaltet, das Orchester spielt noch einmal auf, aber eigentlich wissen alle: Das Schiff geht unter.

Es wäre zu kurz gegriffen, hier nur von einer Politik der Angst zu sprechen. Die AfD bietet nämlich gleich auch an, die Säulen des »Heiligen Römischen Reiches« von »Dreck und Schmutz« zu befreien, um sie fortan umso weißer erstrahlen zu lassen: Je düsterer die deutsche Gegenwart gezeichnet wird, desto drängender erscheint die Rettung, desto heller und klarer die »Retter«. Die AfD bedient sich in diesem Theaterspiel eines weit verbreiteten Kulturpessimismus¹, der für die Rede vom Verfall besonders anfällig ist.

Imperativ des Nationalen: Rechte Kulturvorstellungen

Die Frage ist: Ginge es nach der AfD, wohin würde die Reise gehen? Was wäre das für ein Deutschland, was wäre das für ein Europa, in dem die AfD-Programmatik tatsächlich verwirklicht ist? Überall dort, wo Vertreter*innen der Partei – und das wird nun immer öfter geschehen – die Gelegenheit erhalten, ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen zu entfalten, blitzt das auf, was sie selbst als konservativ etikettieren – häufig mit dem schönen Satz: »Konservativ ist nicht das, was gestern war, sondern das, was immer gilt.« Nur ist das, was da aufblitzt, gar nicht konservativ, sondern völkisch-nationalistisch und reaktionär. Denn die Gesellschaft, in der die AfD leben möchte, ist eine Gesellschaft, in der das Recht auf Verschiedenheit

nicht mehr existiert, ist eine Gesellschaft, in der eine autoritäre Ordnung herrscht, dominiert von gesellschaftlichen und kulturellen Vorstellungen von ethnischer Homogenität und deutscher Leitkultur. Sie entspricht dem Sehnsuchtsort der »Neuen Rechten«: Hier wird der Aufstand gegen die moderne Welt, gegen Massengesellschaft und Mechanismen der Entfremdung des Menschen verwirklicht, in etwa so, wie es großen Teilen des Bürgertums im späten 19. Jahrhundert vorschwebte. Zugleich vertritt die AfD keineswegs einen klassischen Antimodernismus. Sie ist vielmehr reflexiv antimodern. Das heißt: Sie will nicht die Smartphones, die Autos oder das Internet abschaffen. Es geht ihr um das Zurückdrängen der darin liegenden emanzipatorischen Potentiale.

Das Bild des Menschen, das die »Neue Rechte« entwirft und die AfD in Szene setzt, geht hinter die Aufklärung zurück. Es sieht den Menschen festgelegt auf den Platz, an den ihn Gott gestellt habe und wo er ihn wolle und brauche. Das heißt nichts anderes als: Rollenzuschreibungen, Armut und Ausgrenzung sind ein Schicksal, welches es eben zu tragen gelte. Der rechte Leitsatz lautet nicht »Sehnsucht nach dem, was gestern war«, sondern Wiederherstellung dessen, was angeblich immer gilt: eine hierarchische Ordnung der Ungleichheit.

Viel Feind, viel Ehr'

Der rechte Kulturbegriff kommt nicht ohne Feindbestimmung aus. Ob »Multikulturalismus« oder »Genderwahn«: Die Feinde der Rechten sind vielgestaltig. Beklagt werden die nationale Selbstvergessenheit einer Unterhaltungskultur, die keine deutschen Lieder im Radio kennt, das Regietheater, in dem statt Bildung und Erbauung Abgründe, Zerstörung und Nihilismus die Hauptrolle spielen. Es ist die vorgebliche Überrepräsentanz von »Frauen, Lesben und Migrantinnen« in Medien und Kultur. Diese kulturellen Feinde der »Neuen Rechten« stehen sinnbildlich für die angebliche Dekadenz und den Verfall angestammter Ordnung und Werte. Oder anders: Je dunkler die Wolken der kulturellen Globalisierung durch den Rechtspopulismus angestrahlt werden, umso heller erscheint das Licht einer »nationalen« Literatur und Musik.

Viele der gesellschaftlichen Akteure nehmen die Kampfansage der »Neuen Rechten« gegen sie nicht wahr. Und das ist ein Problem. Jene, die in ihrer Art zu leben, Politik zu betreiben oder sich kulturell auszudrücken, der AfD entgegenstehen, begreifen nicht, was gegenwärtig in der gesellschaftlichen Diskussion auf dem Spiel steht. Man erkennt das etwa daran, wie Theater und andere Einrichtungen die Ideologieproduzent*innen der AfD auf ein Podium setzen, um, wie sie sagen, einen Dialog zu führen. Aber geht es tatsächlich darum, wie zahlreiche gesellschaftliche Akteure es fordern, durch eine Dialog- und Sprachoffensive den Riss mit all jenen zu kitten, die Sorgen, Nöte, Ängste, aber auch handfeste Ressentiments äußern?

Rechte Diskursstrategien

Um diese Frage beantworten zu können, muss man sich die Funktionsweise der strategisch-politischen Kommunikation der AfD vor Augen führen. Mit bewusst provokativen Begriffen und Themen will die AfD alle Teilnehmenden des politischen Wettbewerbs und die Medien dazu bringen, ihrer Themensetzung zu folgen. Dies führte zu einer ständigen Präsenz der AfD mit ihren Verlautbarungen in den Medien, weil sich ihre Gegner*innen aus Politik und Zivilgesellschaft herausgefordert sahen, auf die Provokationen zu antworten, diese empört zurückzuweisen und sie begrifflich zu dekonstruieren. Davon profitierte die AfD. Denn wie in der Werbung gilt in der politischen Kommunikation: Negative Propaganda kann unter Umständen positive Propaganda sein. Ähnlich verhält es sich mit den bewussten Tabubrüchen. Ob Björn Höcke eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad« fordert, Frauke Petry den Begriff des »Völkischen« rehabilitieren will oder André Poggenburg von »Wucherungen am deutschen Volkskörper« schwadroniert: Immer versucht die AfD, auszuloten, wie weit sie rhetorisch gehen kann, ohne dass ihre Inhalte kritisch hinterfragt und nicht nur moralisch verurteilt werden.

Wer eine Dialogbereitschaft über rechtspopulistische Inhalte signalisiert, ohne eine Vorstellung von den politischen Zielen und Methoden der »Neuen Rechten« zu haben, landet in einer Sackgasse und sitzt der rechten

Strategie auf. Stattdessen muss bei jeder politischen Provokation der AfD im Parlament oder in den Medien geprüft werden, ob eine Äußerung tatsächlich eine inhaltliche Grenzüberschreitung darstellt, oder ob es sich um eine kalkulierte Provokation handelt, die eine inhaltliche Auseinandersetzung nicht lohnt.

Diese Zeit sollte man sich nehmen, statt reflexhaft dazu beizutragen, die Diskursstrategie der »Neuen Rechten« zu bedienen. Wenn man diese nämlich näher betrachtet, bemerkt man sehr schnell, dass es eine sehr klare Idee davon gibt, was verändert werden soll. Die »Neue Rechte« will die Begriffe ändern, die Themen setzen, und die Definitionsmacht über alle gesellschaftlichen Handlungsbereiche in der Frage darüber erlangen, was in einer Gesellschaft sagbar ist und welche gesellschaftliche Gruppen zu schweigen haben. Kurzum, der »Neuen Rechten« geht es um die Überwindung des offenen Diskurses. Es geht ihr um die Macht. Dies sollte sich vor Augen führen, wer Vertreter*innen der »Neuen Rechten« zum Gespräch einlädt.

Unter diesen Umständen kann ein Dialog kaum gelingen. Statt einer gleichberechtigten Diskussion endet das Gespräch im Monolog. Die AfD sagt, sie sei die letzte evolutionäre Chance für Deutschland. Sie macht dies zum Ausgangspunkt und zum Maßstab jeder Diskussion. Ist es sinnvoll, sich mit Leuten mit einem geschlossenen Weltbild auf ein öffentliches Podium zu setzen? Um es mit einem berühmten Zitat von Heinrich Mann zu sagen: »Ich kann mich nicht mit Leuten an einen Tisch setzen, die behaupten, dass der Tisch, an dem ich sitze, kein Tisch, sondern ein Ententeich ist, und die von mir verlangen, dass ich ihnen zustimme.«

Man kommt um diese Ententeich-Diskussion nicht herum. Die AfD hat anderthalb Jahre vor der jetzigen Bundestagswahl in Sachsen-Anhalt 24,3 Prozent der Wählerstimmen erhalten, sie ist dort zweitstärkste Kraft im Parlament und durchdringt alle gesellschaftlichen Bereiche. Eine Reaktion war, zu sagen: »Wenn fast 25 Prozent der Bevölkerung die AfD wählen, dann ist es offenkundig, dass diese Wähler*innengruppe mehr Aufmerksamkeit

verdient. Hier ist eine Bevölkerungsgruppe, die nicht gehört.« Nach dem Wahlerfolg der AfD war in Medien und Politik so etwas wie eine rhetorisch-inhaltliche Annäherung an die Thesen und an die Sprechformen der AfD zu beobachten. Dies hielt einige Monate an. Oder konkreter: Es hielt solange an, bis die AfD in Sachsen-Anhalt dazu überging, Begriffe, die wir aus der Sprache des Nationalsozialismus kennen, zu reaktualisieren: »Volksgemeinschaft«, »Wucherungen am Volkskörper«, etc. Das ist nun der Tonfall, der jetzt im Parlament, aber auch darüber hinaus herrscht.

Rechte Öffentlichkeitsarbeit

All jene, die mit den Ideologieproduzent*innen der AfD öffentlich im Fernsehen oder im Theater oder anderswo diskutieren, müssen sich im Klaren sein, dass sie die Auseinandersetzung nicht in einem offenen Dialog gewinnen können, sondern immer dazu beitragen, völkisch-rassistische Inhalte salonfähig zu machen und ihre Reichweite zu erhöhen. Die AfD wiederholt beständig das Muster von Provokation und Tabubruch. Die Debatte darüber, was sagbar ist und was nicht, ist an einem Endpunkt angekommen. Das ist für die AfD in gewisser Weise ein Problem. Was könnte sie denn jetzt noch fordern? Die AfD forderte die Rehabilitierung des Begriffs des Völkischen, sie forderte zuvor schon die chemische Kastration von Flüchtlingen. Wir haben es mit einer völligen Entgrenzung des Sagbaren im Namen der Meinungsfreiheit zu tun.

Über dieses Wechselverhältnis gilt es neu nachzudenken: Wo sollte es Grenzen des Sagbaren geben, aber wo sollten ebenso Grenzen gezogen werden, um auch die Gegenstimmen wieder hörbar machen? Im öffentlich-medialen Betrieb sind gesellschaftliche Institutionen bereits so sehr darauf fixiert, einem bestimmten Wähler*innenklientel immer wieder Dialogangebote zu machen, dass sie darüber jene vergessen, die im Schatten der öffentlichen Wahrnehmung stehen und die keine Möglichkeit haben, auf Podien, in Theatern oder in Talkshows ihre Meinung zu sagen.

Unterdessen inszeniert sich die AfD weiterhin als Außenseiterin des politischen Diskurses und bedient sich

gleichzeitig der Instrumente der modernen Mediengesellschaft. In diesem Jahr vor der nun vollzogenen Bundestagswahl kam nahezu kein Podium, keine Talkshow mehr ohne eine*n Vertreter*in der AfD aus. Warum war das so? Schon Thilo Sarrazin war ein Meister dieser Logik: »Ich habe zwar ein Buch geschrieben, das sich millionenfach verkauft, aber ich kann meine Meinung nirgendwo sagen.« Man muss diesen Zusammenhang verstehen, um ihn zu durchbrechen.

Die Herausforderung annehmen

Der Kulturkampf von rechts bezieht sich zum einen auf die Form politisch-strategischer Kommunikation: Komplexe Sachverhalte werden reduziert, personalisiert, emotionalisiert und mit Ressentiments aufgeladen. Zum anderen geht es um die Inhalte, die völkisch-nationalistische Ideologie, die die AfD inzwischen vertritt. Daran ändern auch die häufigen Diskussionen um Parteiausschlüsse zur vermeintlichen Abgrenzung gegen »Rechtsaußen« nichts. Sie sind Teil des Spiels.

Allen, die sich mit der Frage befassen, wie ein erfolgreicher Dialog mit der AfD aussehen könnte, sei zunächst geraten, die Reden, die Vertreter*innen der AfD halten, anzuhören und sie darin ernst zu nehmen, dass diese so

gemeint sind, wie sie gesagt werden. Wenn ein AfD-Abgeordneter in Sachsen-Anhalt im Landtag einen Gesetzesentwurf für ein Burka-Verbot einbringt und diese Gelegenheit nutzt, um eine ethnopluralistische Programm-erklärung abzugeben, in der alle Elemente »neurechter« Ideologie vorkommen, dann kann nicht anschließend ein Vertreter der regierungstragenden Fraktionen ans Mikrofon treten, um zu sagen: Das, was Sie hier vorschlagen, geht juristisch nicht.

Man muss den rechten Kulturkampf als Herausforderung begreifen.

Diejenigen, die von der AfD als politische Feind*innen adressiert werden, müssen begreifen, dass sie in zweifacher Hinsicht angegriffen werden. Einerseits als Feminist*innen, Künstler*innen, Politiker*innen oder Verbandsvertreter*innen, aber andererseits immer auch gemeinsam. Diejenigen, die von der AfD auf ganz unterschiedlichen Ebenen zum Angriffsziel werden, müssen sich vor Augen führen, dass ein Austausch von Argumenten bei der politischen Verfasstheit der AfD sehr wahrscheinlich keine neuen Erkenntnisse bringen wird. Oder um es mit einem berühmten Satz von Bertolt Brecht aus »Leben des Galilei« zu sagen: »Wenn die Wahrheit zu schwach ist, sich zu verteidigen, muss sie zum Angriff übergehen.«

Vom Reden in schwierigen Zeiten

Möglichkeiten und Grenzen des Dialogs

Von Christine Böckmann

Immer wieder wird unter dem Stichwort »Demokratie beruht auf Dialog« der öffentliche Raum für menschenverachtende und demokratiefeindliche, für offen rassistische und diskriminierende Positionen geöffnet. Der Text diskutiert Rahmenbedingungen für Gespräche im demokratischen Diskurs.

Wir leben in schwierigen Zeiten: Emanzipatorische Errungenschaften, die selbstverständlich schienen, werden in Frage gestellt, Menschen wünschen sich andere, autoritäre, Zeiten zurück – Stichwort »Früher war alles besser«. Viele scheinen für die Anliegen politischer Diskussionen und politischer Bildung nur noch in geringem Maße ansprechbar. Wir leben in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung mit Blick auf die zentrale Frage: »In welcher Gesellschaft wollen wir leben? In einer offenen oder einer geschlossenen?« Um eine Antwort zu finden und den Herausforderungen eines »Kulturkampfes von rechts« zu begegnen, wird immer wieder von verschiedenen Akteuren der Dialog, das »Miteinander reden« eingefordert.

»Miteinander reden« meint hier ein Gespräch zwischen gleichberechtigten Personen im Sinne einer Verständigung oder, wie Daniel-Pascal Zorn in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung sagt: »In einem Dialog sollte man erst einmal nicht davon ausgehen, dass man recht hat. Man stellt eine Behauptung auf. Und man kann behaupten, dass der andere zustimmen soll, muss dafür aber Gründe vorlegen. Der andere muss die Gründe wahrnehmen und darüber nachdenken, ob er zustimmt. Wenn er nicht zustimmt, muss er sagen, warum. Das ist die Grundform des Gesprächs: Den anderen als gleichberechtigten Teilnehmer ernst nehmen.«¹

Der Dialog als Form und Mittel der gegenseitigen Verständigung ist in einer Demokratie essentiell, muss immer erarbeitet und erstritten werden und umso mehr in Zeiten, in denen die Demokratie an sich in Frage gestellt wird. Diese besondere Herausforderung bringt auch besondere Fragen mit sich.

Der folgende Text soll Hilfestellung sein, wenn es zu klären gilt: Was ist die eigene Position, welche Analyse braucht es zur Vorbereitung von Veranstaltungen oder von Gesprächen, bei denen der Dialog im Vordergrund stehen soll?

Menschenwürde als Grundhaltung

Ein Dialog wird bestimmt durch die eigene Haltung – die der Gesprächspartner*innen und die der Zuhörenden. Er ist demnach nicht »wertneutral« zu führen. Die eigene Haltung ist Grundlage des eigenen Handelns und Redens. In einer Demokratie handeln wir auf der Basis von Menschenwürde und Menschenrechten. Die Menschenwürde als Grundhaltung zu erachten, erfordert unbedingten Respekt gegenüber einer Person. Gleichzeitig bedeutet es, menschenverachtenden und diskriminierenden Positionen entgegentreten und Einhalt zu gebieten.²

Diese Grundhaltung sollte leitend sein bei der Frage, mit wem wir uns zu welchem Zweck ins Gespräch begeben. Je klarer wir unsere eigene Haltung kennen und kommunizieren können, desto einfacher wird es, zu begründen, warum wir in bestimmten Fällen Gesprächsangebote ablehnen oder bestimmte Gruppen von Gesprächen oder Veranstaltungen ausschließen.

Gesprächsziele

Es gibt gute Gründe, Gespräche zu führen und Räume für gesellschaftliche Debatten zu öffnen. Gespräche um des Gespräches willen zu führen, ist jedoch eine unzureichende Motivation. Und: In einer Demokratie ist auch

das Umgekehrte von Bedeutung – es gibt keinen »dialogischen Imperativ«, keine Pflicht, immer und mit allen ins Gespräch zu gehen. Meinungsbekundungen und demokratische Aushandlungsprozesse etwa können auch die Form des Protests und der Abgrenzung annehmen. Zunächst gilt es immer die Frage zu klären, was wir mit einem Dialog erreichen wollen – und, unter welchen Bedingungen dies gelingen kann.

Zumeist zielt das (politische) Gespräch primär auf den Austausch von Argumenten. Das setzt voraus, dass es allen Beteiligten darum geht. Gerade mit Blick auf neue rechte Akteure ist dies jedoch zweifelhaft. In der »Kriegserklärung« der »Identitären Bewegung« mit dem Titel »Zukunft für Europa« etwa heißt es: »Unser Ziel ist keine Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform. Wir wollen nicht mitreden, sondern eine andere Sprache.«³ In einem Gespräch mit Akteuren der »Identitären« ginge es jenen also offensichtlich nicht darum, Argumente auszutauschen. Das Gespräch könnte so nicht gelingen.

Ziel eines Gesprächs kann auch sein, menschenfeindliche Einstellungen zu bekämpfen, zu verringern oder zu verändern – bei den Gesprächspartner*innen oder den Zuhörenden. Ein Gespräch allein kann hier zwar Anstöße geben, aber es wird und kann nicht alle umgehend überzeugen. Einstellungen – insbesondere wenn sie auf Vorurteilen und Ressentiments beruhen – lassen sich nicht von heute auf morgen, sondern nur sehr langsam verändern. Je gefestigter diese Einstellungen sind, je geschlossener das Weltbild – desto unwahrscheinlicher wird es, eine Veränderung zu bewirken. Und: Das Gespräch könnte – je nach Gesprächssetting – auch das Gegenteil bewirken – die Bestätigung und Verstärkung menschenfeindlicher Positionen.

Oder geht es darum, gesellschaftliche Konflikte und Probleme zu lösen? Dann ist zu überlegen, wer im Rahmen

dieses Anliegens an den Gesprächen beteiligt wird: Kommen die Betroffenen der thematisierten Konflikte und Probleme zu Wort? Alle? Und wenn nicht, welche? Zu diskutieren ist auch, welche Perspektiven und Sichtweisen vertreten sein sollen. Schließlich geht es um die konkrete Gestaltung des Gesprächs: Werden konkrete Veränderungen und Schritte zur Problemlösung sichtbar gemacht, erörtert und gefördert?

Am Ende steht in der Entscheidung über ein Gesprächsangebot und in der Gesprächsvorbereitung eine zentrale Frage: Was ist verhandelbar? Auf welcher Basis verhandeln wir worüber? Können wir einen Kompromiss mit Menschen finden, die menschenverachtende oder ausgrenzende Positionen vertreten und diese für unverhandelbar halten? Wenn es einen Kompromiss geben könnte, welcher sollte das sein? Was halten wir für unverhandelbar? Wollen wir zulassen, dass Grund- und Menschenrechte als verhandelbar gelten?

Zielgruppen

In einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Zielen eines Gesprächs stehen Fragen zu den – beabsichtigten und zufälligen – Zielgruppen. Laden wir die richtigen Personen ein, um unsere Ziele erreichen zu können? Wer soll beteiligt sein? Mit wem haben wir es zu tun, wenn wir eine bestimmte Gruppe einladen? Kennen wir ihre Hintergründe, ihre Ideologie, ihre Gesprächsstrategien? Diese bestimmen und beeinflussen die Möglichkeiten und Grenzen des Gesprächs – ebenso wie die Fragen, ob wir ihnen gewachsen sind.

Zu berücksichtigen sind die Motive für ein Gespräch mit bestimmten Personen oder Gruppen. Wollen wir mit ihnen reden, »weil wir das immer schon so gemacht haben« oder »weil man jetzt mit ihnen reden soll oder muss«? Weil das andere von uns fordern oder erwarten? Weil sie demokratisch gewählt wurden?

Dies gilt auch umgekehrt: Ist der Dialog gewollt, gibt es eine Bereitschaft zum Austausch mit allen Beteiligten auf Augenhöhe? Welche Motive und Ziele haben die möglichen Gesprächspartner*innen? Welche Motive und Ziele haben die Zuhörenden?

Wirkung und Außenwirkung

Ein Gespräch findet zumeist nicht in geschlossenen Räumen oder unbemerkt von Außenstehenden statt. Bereits die Entscheidung, mit bestimmten Akteuren ins Gespräch zu kommen oder sie zu einem Gespräch einzuladen, sendet Signale in die (unbeteiligte) Öffentlichkeit. Außenstehende werden ihre Schlüsse daraus ziehen und ggf. eigene Entscheidungen auf dieser Basis treffen.

Die Entscheidung für eine bestimmte Zielgruppe kann die Entscheidung gegen eine andere Gruppe implizieren. »Man müsse die Menschen ernst nehmen, die bei Pegida mitlaufen - das hört man dieser Tage oft... Was aber ist mit denen, die vor Pegida weglaufen?« fragte Ulrike Nimz in der Süddeutschen Zeitung schon im Januar 2015.⁴ Oder anders gesagt: Werden Neonazis oder neue rechte Akteure zu einem Gespräch eingeladen bzw. nehmen sie daran teil, werden sich andere, die in deren Fokus stehen, sehr wahrscheinlich ausgeschlossen fühlen. Will man mit »allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen« ins Gespräch kommen, sollte man die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich alle eingeladen und sicher fühlen und auch angstfrei teilnehmen können.

Wenn man z.B. »abgehängte« Wähler*innen von rechtspopulistischen Parteien erreichen möchte: Was ist dann mit denjenigen, die ähnliche Sorgen oder Ängste haben, sich ebenfalls »abgehängt fühlen« – nur nicht auffällig werden oder rechtspopulistische Parteien wählen? Wer hört ihnen zu? Werden sie erst für die Politik beziehungsweise für uns interessant, wenn sie auffällig werden durch Wahlergebnisse, Gewalttaten oder ausgrenzende Slogans? Und: Reden wir bei alledem auch mit denjenigen, die von den ausgrenzenden Handlungen betroffen sind – den Migrant*innen, den Muslim*innen, der LSBTTI-Community etc.?

Ein Hinweis, der der Frage nach einem öffentlichen Gespräch hinzuzufügen ist: Am besten funktionieren Gespräche im eigenen Bekanntenkreis. Eine Gegenrede von Bekannten oder gar Freund*innen bei menschenverachtenden Äußerungen etc. hat eine viel größere Wirkung als von Fremden. Am besten ist es daher, die Gelegenheiten zum Gespräch oder eben auch zur Gegenrede dort zu nutzen, wo sie uns begegnen: im eigenen Umfeld und im eigenen Alltag.

Rahmenbedingungen und Handlungsräume

Haben wir die Ziele des Gesprächs und die Zielgruppen bestimmt, die wir erreichen wollen, schließt sich die Frage nach dem Gesprächsformat an. Nicht jedes Setting ist geeignet, um ein Gespräch gelingen zu lassen. Unterschiedliche Ziele und Zielgruppen benötigen unterschiedliche Formate.

Wenn es z.B. das erklärte Ziel ist, mit AfD-Wähler*innen ins Gespräch zu kommen, ist dann eine Diskussionsveranstaltung mit jemandem vom »Institut für Staatspolitik« und dem Innenminister der richtige Rahmen? Erreicht sie die gewünschte Zielgruppe? Werden dort die Themen angesprochen, die die Zielgruppe bewegen? Kommt die Zielgruppe selbst ausreichend zu Wort? Wird den Menschen dann auch zugehört? Wie werden ihre Anliegen aufgenommen und bearbeitet?

Wer tatsächlich mit »den Bürger*innen« oder »der Zivilgesellschaft« ins Gespräch kommen möchte, sollte diese Menschen auch ausreichend zu Wort kommen lassen und nicht nur über sie reden.

Stattdessen gibt es immer wieder die Erfahrung, dass Menschen aufgefordert werden, das Gespräch mit anderen zu suchen, in Situationen, die dafür aber völlig ungeeignet sind. Die Forderung beispielsweise, doch besser zu versuchen, am Rand von (rechten) Demonstrationen mit den Teilnehmer*innen ins Gespräch zu kommen, anstatt dagegen zu protestieren, verlangt es, am Rande einer polarisierenden Veranstaltung sehr große Gräben zu überwinden.

Wie würden wir reagieren, wenn am Rande unserer Demonstration Menschen auftauchen, die uns vom Gegenteil unserer Forderungen überzeugen wollen? Wären wir da offen für solche Gespräche?

Öffentlich oder nicht-öffentlich?

Menschen reden öffentlich, wenn viele andere zuhören, anders als in einem geschützten Rahmen. In einem internen Rahmen darf mehr Nachdenken sein, mehr Fragen und Suchen nach Antworten und Sprechen ins Unreine. Zudem kann man – ein respektvoller Umgang miteinander vorausgesetzt – Vertraulichkeit vereinbaren, was die Chance erhöht, dass Menschen ehrlich und offen auch zu schwierigen Fragestellungen ins Gespräch kommen können.

Wenn wir also mit Menschen über schwierige Fragen, über kontroverse und emotionale Probleme diskutieren wollen, wenn wir in Gesprächen über Ängste und Sorgen reden wollen, sollten wir die Möglichkeiten von internen Gesprächen nutzen.

Gespräche ohne Angst

Wenn Menschen eingeladen werden sollen, die eine multikulturelle oder offene Gesellschaft ablehnen bzw. ihr kritisch gegenüber stehen: Können dann auch die Standpunkte zur Sprache kommen, die für eine offene Gesellschaft plädieren? Wo wird dann deutlich, auf welcher Basis die Gespräche stattfinden? Sind in diesen Gesprächen Demokratie und Menschenrechte verhandelbar? Wenn nein: Wo wird das sichtbar?

Ein Dialog kann nicht gelingen, wenn er für Teilnehmende als bedrohlich empfunden wird – etwa für Angehörige von gesellschaftlichen Minderheiten, die Forderungen nach Diskriminierung ausgesetzt sind, oder wenn es während einer Veranstaltung möglich ist, dass Teilnehmende andere Teilnehmende im Publikum beleidigen oder bedrohen. In einer solchen Situation braucht es eine aufmerksame Moderation und zusätzliche Beobachter*innen, die die Moderation und die Inhaber*innen des Hausrechts auf Probleme aufmerksam machen können.

Die Veranstaltenden haben die Verantwortung dafür, dass sich alle Anwesenden sicher fühlen können und müssen überprüfen: Können alle, die das Thema interessiert und/oder betroffen sind, angstfrei an dem Gespräch teilnehmen und sich offen äußern? Welche Rahmenbedingungen braucht es? Falls nötig, ist zudem zu klären: Wer hat das Hausrecht? Wer entscheidet nach welchen Kriterien über den Ausschluss von Personen oder was zu tun ist, wenn Situationen eskalieren? Informieren wir vorher die Polizei und bitten sie um Unterstützung? ⁵

Gefühle und Menschenverachtung – Regeln des Dialogs

Findet der Dialog oder ein öffentliches Gespräch mit rechten Akteuren schließlich statt, muss es sehr aufmerksam zugehen: Menschliche Gefühle sind zu respektieren. Eine Instrumentalisierung von Gefühlen ist deutlich zurückzuweisen. Ängste sind ernst zu nehmen, ein Schüren von Ängsten sollte jedoch klar unterbunden werden.

Menschenverachtung braucht ein deutliches Stopp-Signal. Eine menschenwürdige Grundhaltung verlangt ein Verständnis für Menschen, aber nicht für Menschenverachtung. Immer besteht die Gefahr, dass manche Akteure gezielt Grenzüberschreitungen im Gespräch einsetzen, um das Gespräch zu dominieren und sich in den Vordergrund zu spielen (sog. Dog Whistle Politics). Hier sollten wir aufmerksam bleiben und diese Instrumentalisierung stoppen.

Dies gilt im Besonderen für Sprache und Begriffe. Wir sollten keine ausgrenzenden oder diskriminierenden Begriffe zulassen oder übernehmen. Wer die Rede von einer »Krise« übernimmt, sollte sich nicht wundern, wenn davon ausgehend oder bestärkt eher pessimistische Perspektiven geäußert werden.

Es empfiehlt sich, für schwierige Gespräche eine externe Moderation zu nutzen – und mit ihr konkret abzusprechen, welche Regeln für das Gespräch gelten und diese auch konsequent durchzusetzen.

Grenzen des Dialogs

Wenn ich als Teilnehmende am Gespräch im Vorfeld feststelle, dass Haltungen oder Ziele von Mitdiskutant*innen für mich eine Grenze überschreiten, sollte ich mir im Vorfeld überlegen, welche Konsequenzen ich daraus ziehe. Ist auf dieser Basis für mich ein Gespräch möglich? Wenn es mir wichtig ist, das Gespräch zu führen: Lassen sich ggf. die Rahmenbedingungen verändern, und wenn ja, wie kann das gehen? Ich muss mir im Vorfeld Gedanken darüber machen, was mein Gegenüber erreichen will, denn die Motivation und Ziele des Gegenübers im Gespräch oder von Mitdiskutant*innen können andere sein als ein Interesse am Thema oder eine Lösung gemeinsamer bzw. gesellschaftlicher Probleme.

Ein Dialog lässt sich nicht führen, wenn das Ziel des Gegenübers nicht der gleichberechtigte Diskurs, sondern die Überwindung dieses Diskurses ist. Ein öffentliches Gespräch ist nicht ratsam, wenn damit nach außen signalisiert wird, menschenfeindliche Positionen, die Idee einer autoritären oder faschistischen Gesellschaft wären mit Blick auf die Ausgestaltung einer offenen Gesellschaft diskutabile Themen.

Reden ist kein Wert an sich

Demokratie setzt zwar den Dialog voraus, verlangt ihn aber nicht. Darum gilt auch: Es gibt ein Recht, den Dialog oder ein Gespräch zu verweigern. Und es gibt gute Gründe,

dies in spezifischen Situationen zu tun. Menschen deswegen zu tadeln oder abzuwerten, ist keine respektvolle Reaktion.

Die Grenzen des Dialogs können individuell unterschiedlich sein und werden je nach Rolle, Erfahrungen oder institutionellem Hintergrund variieren.

Wenn Menschen oder Organisationen eine Grenze für Gespräche setzen, wird ihnen oft vorgeworfen, die Auseinandersetzung zu verweigern und ihre Entscheidung nicht ausreichend reflektiert zu haben. Die Verweigerung, Menschenverachtung eine Bühne zu bieten, ist jedoch keine Verweigerung der Auseinandersetzung an sich, sondern eine Absage an Gespräche unter bestimmten Rahmenbedingungen, die als nicht geeignet für die Auseinandersetzung erachtet werden.

Differenzierung und Haltung sind das A und O: Wer mit Rechtspopulist*innen diskutieren möchte, sollte sich gut in rechtspopulistischen Gesprächsstrategien auskennen und sich sehr genau überlegen, was in diesen Diskussionen möglich ist und was dort erreicht werden kann. ⁶ Gefestigte Weltbilder werden sich nicht durch öffentliche Diskussionen verändern.

Wer vor allem Menschen erreichen will, die sich Sorgen um ihre Zukunft und ihren Platz in der Gesellschaft machen, sollte in der Lage sein, diesen Perspektiven aufgeschlossen zuzuhören. Dafür braucht es Zeit und ein echtes Interesse an den Menschen.

- 1 Sebastian Gierke: Wie man mit Populisten diskutiert - ohne ihnen in die Falle zu gehen. Interview zur Debattenkultur mit Daniel-Pascal Zorn, Süddeutsche Zeitung vom 30.03.2017, online: <http://www.sueddeutsche.de/politik/interview-zur-debattenkultur-wie-man-mit-populisten-diskutiert-ohne-ihnen-in-die-falle-zu-gehen-1.3439383> (Zugriff 30.03.2017)
- 2 Vgl. die Unterscheidung von Person und Position im Harvard-Konzept: Roger Fischer / William Ury / Bruce Patton: Das Harvard-Konzept, Frankfurt/M. 25. Aufl. 2015.
- 3 Identitäre Bewegung Deutschland: Zukunft für Europa. Online: <https://www.youtube.com/watch?v=rPXI6tA31yI>, 21.01.2016 (Zugriff 17.11.2016).
- 4 Ulrike Nimz: Der sächsische Irrweg. SZ vom 28.01.2015, online: <http://www.sueddeutsche.de/politik/umgang-mit-pegida-der-saechsische-irrweg-1.2322946> (Zugriff 13.10.2017)
- 5 Vgl. zum Hausrecht: Miteinander e.V. / Arbeitsstelle Rechtsextremismus: Streiten mit Neonazis? Zum Umgang mit öffentlichen Auftritten der extremen Rechten, 3. überarbeitete und aktualisierte Auflage Magdeburg und Halle (Saale) 2012.
- 6 Vgl. Walter Ötsch / Nina Horacek: Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung, Frankfurt/M. 2017.

Ästhetische Mobilmachung

Die medialen Strategien der neuen Rechten stellen die journalistische Berichterstattung vor neue Herausforderungen.

Von Michael Barthel und David Begrich

Am 14. Oktober 2017 kommt es auf der Buchmesse in Frankfurt/Main zu tumultartigen Szenen. Am Stand des neurechten Verlages »Antaios« protestieren etwa 100 Menschen gegen die Buchvorstellung zweier führender Vertreter der »Identitären«. Diese und ihre anwesenden Sympathisant*innen nutzen den Protest umgehend für eine weitere ihrer medialen Selbstinszenierungen. Vor zahlreich vorhandenen Fernsehkameras rufen sie zu Sprechchören gegen die Protestierenden auf und suggerieren, die Leitung der Buchmesse Frankfurt entzöge ihnen das Recht der Meinungsäußerung auf der Messe. Mit Erfolg: Über Tage sind die Ereignisse Gegenstand der medialen Debatte über den Umgang mit der »Neuen Rechten«. Die »Identitären« empören sich über den Protest gegen sie, aus dem sie zugleich mithilfe permanenter Selbstthematisierung Nutzen ziehen. Sie sind in aller Munde – als Opfer. Die rechte Performance ist mit Hilfe des Protestes und der medialen Begleitung bestens gelaufen: Die Leitung der Buchmesse positioniert sich nicht gegen die Rechten, sondern verurteilt »jede Form von Gewalt«. Der Protest habe »den Austausch von politischen Positionen verhindert« und werde daher als »Mittel der Auseinandersetzung nicht zugelassen«. Buchmessendirektor Juergen Boos sprach mit Antaios-Verleger Götz Kubitschek. Alles unter dem Plädoyer für Meinungsfreiheit. Nicht nur an diesem Ereignis und seiner Instrumentalisierung durch die »Identitären« lässt sich zeigen, wie diese gezielt die Möglichkeiten medialer Selbstinszenierung einsetzen, um unter dem Schutzschild des Arguments der Meinungsfreiheit daran zu arbeiten, diskursive Geländegewinne gegenüber einer liberalen Öffentlichkeit zu erzielen, der die Meinungsfreiheit zu Recht als hohes Gut gilt.

Ob Buchmesse, CDU-Zentrale, Brandenburger Tor oder Zugspitze: Die Aktionen der »Identitären« bewegen sich in Kulissen, die ihrer Performance Farbe, politischen Sinn und wiederverwendbares Abbild verleihen. In der Berichterstattung braucht es deshalb einen Umgang mit der von ihnen produzierten Bilderflut, der diese nicht im Sinne der Rechten verstärkt, sondern sie dekonstruiert.

Die Aktion der sogenannten Identitären Bewegung (IB) am Brandenburger Tor ist Geschichte: Am 27. August 2016 erklomm eine Gruppe das Berliner Wahrzeichen und entrollte dort zwei Transparente. Am folgenden Tag war ein Foto von der Aktion auf den Titelseiten etlicher Sonntagszeitungen zu sehen. Wovon jede PR-Firma träumt – geringer Aufwand, maximale Wirkung – hatten die »Identitären« erreicht.

Die Aktion steht exemplarisch für die Strategie politischer Kommunikation der neurechten Gruppierung. Dieser liegt die Erkenntnis zugrunde, dass Protest in der Mediengesellschaft nicht zuerst mit komplexen Inhalten Wirkung

erzielt, sondern über sinnstiftende Inszenierungen vermittelt wird. Die Aktionen der »Identitären« brauchen die Aura eines kulturellen oder historischen Ortes, um zu funktionieren: Ihnen geht es in erster Linie um die Bilder, erst in zweiter um die Aktion selbst. Sie suchen die große Bühne – die symbolische Kulisse des Brandenburger Tores oder der Dresdner Frauenkirche. Sie benutzen deren Bekanntheit, um sich selbst mit großem Pathos als die Verteidiger des Abendlandes zu inszenieren. Indem die Tageszeitungen ein Bild der Kletteraktion am Brandenburger Tor auf ihre Titelseiten hieften, reproduzierten und verstärkten sie die Ikonografie der »Identitären« und wurden ungewollt Teil ihrer Medienstrategie. Auch wenn den Retweets von Journalist*innen und linken Aktivist*innen ein Kommentar der Empörung hinzugefügt wird, trägt doch jeder ungewollt zur Reproduktion und Multiplikation der Bilder bei.

Produktion von rechten Ikonen

In der Logik politischer Performance entfaltet sich die Wirkung der rechten Aktionen durch ihre mediale Verstär-

kung. Diese vollzieht sich auf mehreren Ebenen: Zeitgleich mit der Kletteraktion am Brandenburger Tor twitterten andere rechte Aktive, dass eine Aktion im Gange sei und posteten Bilder davon. Diese Tweets wiederum wurden keineswegs nur von rechten Sympathisant*innen der »Identitären« weitergetragen, sondern auch von reichweitenstarken Accounts bekannter Journalist*innen, linker Aktivist*innen und von Politiker*innen.

Eine weitere Ebene ist die videografische Verarbeitung der Aktion. Die »Identitären« begnügen sich bei ihren Aktionen nicht damit, einfach nur eine Kamera mitlaufen zu lassen. Vielmehr wird alles aus verschiedenen Perspektiven gefilmt, in deren Mittelpunkt nicht die statische Wiedergabe einer Aktion steht, sondern die filmische Aufbereitung, die im professionell geschnittenen Video ein Bild von Entschlossenheit und Tatkraft abgeben soll. Schnitte, Perspektivenwechsel der Kamera und Musik sollen Dynamik und Attraktivität der »Identitären« vermitteln: Die mediale Aufbereitung ihrer Aktionen ist den »Identitären« ebenso wichtig wie die damit verbundene politisch sozialisierende Erfahrung ihrer eigenen Selbstwirksamkeit.

Dass die Bildsprache das A und O ist, wird zum Beispiel jedem* jeder Teilnehmer*in auf den zweimal im Jahr stattfindenden »Akademien« des rechten Thinktanks »Institut für Staatspolitik« ganz deutlich vermittelt: »Die IB ist eine metapolitische Kraft, die versucht, Ideen, Parolen und Bilder in das metapolitische Feld zu führen. Mit Aktionen schaffen wir einen medialen Hype und eine Viralität, die unsere Parolen und Bilder so schnell und breit wie möglich streuen. Die ganze Arbeit, die wir in eine Aktion reinstecken, wird nutzlos, wenn die Bilder, die sie transportiert, nicht klar und von guter Qualität sind.«

Die Aktionen der »Identitären« funktionieren wie das Aktionstheater auf der Straße. Alle Beteiligten sollen, so das Ziel, als Mitspieler*innen eingebunden werden und in der Inszenierung funktionieren: Auch und gerade Gegendemonstrant*innen und die Polizei, die mit einem ruppigen Einsatz den »Identitären« ihre Gefährlichkeit und ihr Rebellentum bestätigt hätte.

Am 19. Mai 2017 war es dann wieder soweit. Man schritt unter den Augen interessierter Medien zur Tat, und hob zum »Sturm« auf das Bundesjustizministerium an. Vor Ort jedoch sah man die Aktivist*innen sich auf dem Boden lümmeln und Parolen skandieren. Bundesjustizminister Heiko Maas konnte es gelassen nehmen – er verteilte Wasserflaschen an die Gegendemonstrant*innen. Im Bild ist zu sehen, wie er zwischen den »Identitären« umhergeht, als

seien sie nicht politische Aktivist*innen, sondern eine Schulklasse, die sich zu einer Führung im Justizministerium angemeldet hat. Die politische Bildsprache der »Identitären« ist diesmal nicht aufgegangen. War die Aktion für die »Identitären« diesmal ein politisches PR-Desaster? Verglichen mit der Reichweite, die ihre Kletteraktion am Brandenburger Tor, – »Besetzung« genannt – hatte, bestimmt. Aber die erregte Berichterstattung hat dem eingeleiteten Multiplikationseffekt der politischen Kommunikationsstrategie der Rechten erneut einen großen Dienst erwiesen.

Die Medienstrategie der »Identitären« setzt im Wesentlichen auf Methoden des Handbuchs politischen Marketings. Dazu gehört auch, jede Form der Kritik als Bestätigung des eigenen Handelns zu vereinnahmen und ebenfalls zu verbreiten. Meister darin ist Martin Sellner, der im Internet omnipräsente »Co-Leiter« der »Identitären« aus Wien. Für den Blog der rechten Zeitschrift Sezession verfasste er einen Text unter dem Titel »Danke Antifa«, in dem er linken Gruppen dafür dankte, mit ihren Gegenaktionen und Statements die politische Reichweite der »Identitären« zu mehren.

Schließlich praktizieren die »Identitären« in deutlicher Absetzung etwa zur neonazistischen Jugendkultur eine Selbstvermarktung: Martin Sellner produziert unablässig Videos, in denen er Politik und Alltägliches zu einer Art patriotischer Praxis des Lebens stilisiert und zugleich beständig das Zeitgeschehen aus dem Blickwinkel des Kampfes gegen den »Multikulturalismus« kommentiert. Die Hallenser Gruppe Kontrakultur veröffentlichte Fotos eines Teils ihrer Aktivist*innen im Stil eines Outings.

Auch wenn die »Identitären« im Kontext der neuen Bewegung von rechts, die mit PEGIDA und AfD auf breite Akzeptanz stößt, ein kleiner jugendkultureller Baustein sind, soll ihr demonstratives Selbstbewusstsein zeigen: Seht her, wir müssen uns nicht mehr verstecken. Bestimmte Akteure drängen massiv ins Rampenlicht der Öffentlichkeit.

Die Gier nach Aufmerksamkeit entlarvt zugleich jedoch die tatsächliche, geringe Bedeutung der »Identitären«: Jede Gelegenheit wird genutzt, um über den Tellerand der eigenen – überschaubaren – Szene hinaus zu kommunizieren, um so die Reichweite ihrer Inhalte zu vergrößern – bei gleichzeitiger Empörung über angebliches Verschweigen oder falsche Darstellungen. Die Öffentlichkeit wird so an der Nase herumgeführt.

Spektakel und Faszination

Schaut man sich die Berichterstattung zur sogenannten Neuen Rechten, zum »Institut für Staatspolitik« und zur »Identitären Bewegung«, genauer an, so wird sehr oft deutlich, dass und wie Journalist*innen auf die Selbstinszenierung der rechten Szene reinfallen: Standardmäßig wird Götz Kubitschek, Mitbegründer des »Instituts für Staatspolitik«, auf seinem Grundstück besucht, wo er beim Melken seiner Ziege oder vor dem Bücherregal abgelichtet wird, um ihn anschließend in weichgezeichneten Farben zu präsentieren. Die Artikel beschäftigen sich mit den Ernährungsgewohnheiten der Familie, ebenso wie mit den Umgangsformen des Ehepaars Kositzka-Kubitschek. Die Botschaft: Ist er nicht herrlich schräg und gleichzeitig so gefährlich, der »dunkle Ritter« vom Rittergut?

Die Berichterstattung über den »identitären« Nachwuchs ist ebenso oft von Faszination für die jungen Rechten in hippestem Erscheinungsbild geprägt. Immer wird Wert darauf gelegt, zu betonen, dass die Akteure der Identitären Bewegung keine Glatze haben, sich von Nazis und Gewalt distanzieren und stattdessen Bücher lesen und studieren – ungeachtet dessen, ob es tatsächlich zutrifft oder nicht. Die Berichterstattung erliegt dem Charme der Story. Eine Reportage im SPIEGEL trieb dies auf die Spitze: Eine Aktivistin der »Identitären Bewegung« aus Halle (Saale) wurde dort als »Postergirl der Identitären Bewegung« präsentiert. Auch ihre Gruppe Kontrakultur ließ sich wochenlang von einem SPIEGEL-Redakteur begleiten. Nach Erscheinen des Artikels ließ sie über einen ihrer Aktivisten auf dem Blog der Sezession großspurig wissen, dass man sein Auftreten von Anfang an für peinlich und durchschaubar gehalten habe.

Die unverhältnismäßige Aufmerksamkeit durch die Medien hat dazu geführt, dass sich die Protagonist*innen der »Identitären« mittlerweile wie Popstars – oder eben Postergirls – vorkommen. Ein Autor der FAZ berichtete davon, dass ihm sogar ein Vertrag vorgelegt wurde, mit dem festgelegt werden sollte, was er nicht zu schreiben hat. Der Vertrag wurde nicht unterschrieben, das Interview trotzdem gegeben.

In den rechten Organen selbst aber propagieren die neuen Rechten eine Distanz zu den etablierten Medien, zur »Lückenpresse« mit ihren »falschen Darstellungen«. Dies dient jedoch allein der Selbstvergewisserung und Glaubwürdigkeit im eigenen Milieu. Die führenden neurechten Köpfe wissen gut, dass die zu vermittelnde Botschaft nicht das ideologische Programm, sondern die Story von der

»patriotischen Jugendbewegung« bzw. dem »verschrobene(n) Rechtsintellektuellen« ist. Deshalb verfahren ihre Protagonist*innen frei nach dem Motto »all news are good news«, halten ihr Gesicht in jede Kamera und reden mit jedem*der Journalist*in, der*die mit ihnen reden will.

Herausforderungen für einen kritischen Journalismus

Im Diskursfeld »Neue Rechte und Identitäre Bewegung« ist mittlerweile ein stabiler gesellschaftlicher Resonanzraum entstanden, in dem es nicht mehr ohne weiteres möglich ist, Fakten oder differenzierte Einschätzungen zu den Aktivitäten der Neuen Rechten zu präsentieren. Immer wird dabei zugleich das von ihnen geschaffene Narrativ der dynamischen »Kämpfer für Volk und Vaterland« bedient. Selbst Beiträge, die vordergründig versuchen, faktenreich die Vernetzung des Milieus zu schildern und zu analysieren, müssen so als Beitrag zum neurechten Narrativ gelesen werden. Boulevardeske Homestory und detaillierte Beiträge antifaschistischer Recherche-Gruppen ergänzen sich hier unfreiwillig: Wenn es Journalist*innen nicht gelingt, auf die Widersprüche der rechten Selbstinszenierung einzugehen und sie zu dekonstruieren, untermauern sie die Erfolgsgeschichte der völkischen Netzwerker*innen.

Die »Identitären« haben begriffen, wie sie die Ökonomie der Aufmerksamkeit von Medien und Politik bedienen können: nicht mit langatmigen Erklärungen, sondern mit Bildern, deren Interpretation sie sogleich übernehmen. Zugleich gaukeln ihre Inszenierungen vor, was sie für sich in Anspruch nehmen zu sein: eine breite nationalistische Jugendbewegung, die – anders als die jugendkulturellen Spielarten des Neonazismus – kulturell in verschiedene Richtungen anschlussfähig ist.

Für eine kritische und dekonstruierende Berichterstattung heißt dies zunächst, alles zu vermeiden, was eine bloße Wiedergabe der beabsichtigten Bilder der neurechten Inszenierungen darstellt. Die Berichterstattung sollte vielmehr die einkalkulierte, wiewohl unbeabsichtigte Mitwirkung an der strategischen Bildkommunikation der »Identitären« verweigern, um nicht ungewollt Teil des skizzierten Verstärkereffekts zu werden. Sodann gilt es, die neurechte Kommunikationsstrategie offenzulegen sowie die Bilder zu dekonstruieren und ins Verhältnis zur Realität zu setzen. Dazu gehört auch die Entlarvung der »Identitären« als rechtsextreme Kadergruppe. Ihre Anhänger*innen haben sich vormals in nicht unbedeutender Zahl in neonazistischen Organisationen wie den Jungen Nationaldemokraten (JN) bewegt.

Die »Identitären« in Halle/Saale sind hierfür ein gutes Beispiel, denn im Schatten prominenterer rechter Umtriebe in Sachsen und Thüringen hat sich der Raum Halle zu einem Drehkreuz der neurechten Bewegung entwickelt. Unter Anleitung des nahegelegenen »Instituts für Staatspolitik« ist mit Kontrakultur, dem hiesigen Ableger der IB, der Halle-Leobener Burschenschaft Germania (HLB) und einer beispiellos direktmandatstarken AfD eine Art »Modellregion« für die formelle und informelle Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gruppen des neurechten Spektrums entstanden. Getragen und begleitet von einem breiten publizistischen Netzwerk entwickeln hier verschiedene Akteure aus dem ideologischen Hinterland der laufenden gesellschaftlichen Rechtsentwicklung das Konzept Aktivismus-Parlament-Strategische Planung. Sie verfolgen dabei ein eigenes »Elitenprojekt«, das nicht mehr daran arbeitet, die bestehende hegemoniale Elite zu transformieren. Stattdessen wollen sie eine Gegenelite aufbauen, um das Ziel zu erreichen, das sie mit anderen Strömungen der extremen Rechten verbindet: der Gesellschaft grundsätzlich die aufklärerischen Ideen von 1789 austreiben.

Von der Region Halle als einem »Zentrum der Neuen Rechten« zu schreiben, soll nicht suggerieren, dass diese den Alltag der Stadt bestimmen. Es ist keine quantitative, sondern eine qualitative Einschätzung, die sich auf die interne Bedeutung des Standorts Halle für die Vernetzung der rechten Kreise, die sich um das »Institut für Staatspolitik« gruppieren, bezieht.

Halle und Umgebung sind Rückzugsorte, nicht besetztes Gebiet dieses Teils der Neuen Rechten. Oder anders formuliert: Halle ist zwar ein Zentrum der Neuen Rechten, aber das Zentrum von Halle ist nicht die Neue Rechte. Vermarktet durch die Initiative »Einprozent« und mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet, reisen Kontrakultur-Kader der Region durch ganz Deutschland und Europa, um an verschiedenen Schauplätzen ihre Bewegung zu inszenieren. Recherchen von ZEIT Online aus dem April 2017 haben aber gezeigt, dass die gesamte »Identitäre Bewegung« in Deutschland gerade mal 400 Fördermitglieder und 100 Aktive hat.

Rechte Gewalt und Ideologie

Ebenso sollte die Gewalt, die von der Neuen Rechten ausgeht, eine Rolle in der kritischen Berichterstattung einnehmen. Ihre Gewaltfreiheit ist ein Mantra, das zwar von einigen Medien übernommen wurde, das in der Realität

jedoch nicht zu halten ist. Die Neue Rechte diskutiert ganz offen, dass sie lediglich aus taktischen Gründen nicht offen gewalttätig auftritt. Dies korrespondiert mit der Selbstinszenierung als »wehrhaft«. Social Media Profile demonstrieren ihre Affinität zu Waffen und Kampfsport. Bedrohungen und Einschüchterungsversuche bis hin zu Verfolgungsjagden und tätlichen Angriffen gegen politische Gegner gehören zur Strategie der »Identitären«. Ein Teil ihrer Protagonist*innen sind einschlägig wegen rechter Gewalt vorbestraft.

Auch sollte der Begriff »Neue Rechte« nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Strömung gar nicht so neu ist, sondern deren ideologisches Fundament sich zu den jungkonservativen Vertretern des Radikalnationalismus der 1920er Jahre zurückverfolgen lässt. Diese strickten gemeinsam mit verschiedenen Flügeln der extremen Rechten – allen voran natürlich den Nationalsozialisten – an einer Machtübernahme in Deutschland nach dem Vorbild anderer faschistischer Bewegungen in Europa. Ideologische Differenzen, persönliche Animositäten und organisatorische Zersplitterungen sollten nicht über das gemeinsame Ziel der Gruppierungen hinwegtäuschen: die Beseitigung der Weimarer Demokratie zugunsten eines autoritären Volksstaats mit Großmachtambitionen und Vernichtungspraxis. Ebenso ist auch die Form der Mediennutzung nichts qualitativ Neues, sondern lediglich eine Fortführung der faschistischen Begeisterung für Technik, die immer dann zum Tragen kam, wenn es darum ging, größere Massen von Menschen propagandistisch zu beeinflussen.

Die »Neue Rechte« hat dem »klassischen« Neonazismus etwas voraus: Die Fähigkeit zum strategischen Umgang mit Medien und die popkulturelle Anschlussfähigkeit bzw. die ästhetische Modernisierung, die in einer faschistischen Bewegung immer auch Sollbruchstellen und Widersprüche in sich trägt. Mediale Reaktionsschemata sind hier bereits gut observiert und in die eigene Öffentlichkeitsarbeit eingepplant. Man weiß, wie man interessante Geschichten verkauft und die politische Ideologie als Beigabe unterjubelt. Längst reicht es nicht mehr aus, auf die neonazistische Vergangenheit der Protagonisten hinzuweisen. Solche Fakten können problemlos in das Narrativ der patriotischen, aber gewaltfreien Jugendorganisation eingebunden werden. Es braucht die tiefere Analyse des Gesellschaftsverständnisses der Akteure sowie die Infragestellung der erzeugten Bilder. Das ist mehr als eine bloße Verweigerung des Mitmachens, sondern eine aktive Hinterfragung – etwas, was guten Journalismus ausmacht.

Leitbild

Der gemeinnützige Verein Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V. setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Wir arbeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Stärkung demokratischer Akteur*innen der Zivilgesellschaft und nicht-rechter Jugendlicher sowie die Unterstützung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Wir sind in den Handlungsfeldern der Analyse, Beratung, Unterstützung und Bildung tätig mit dem Ziel, einen Beitrag zur Stärkung der demokratischen Alltagskultur in Sachsen-Anhalt zu leisten. Die besondere Qualität unserer Arbeit liegt darin, aus einem breiten Methoden- und Beratungsspektrum auf die jeweils spezifischen Problemlagen zugeschnittene Angebote zu entwickeln. Von unseren Bildungs- und Beratungsangeboten profitieren sowohl Jugendliche als auch Erwachsene. Der Verein engagiert sich in der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Gemeinwesenarbeit, der Beratung von Zivilgesellschaft und kommunalen Akteur*innen sowie der parteilichen Opferberatung.

Spendenaufruf

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus mit einer Spende! Alle Zuwendungen kommen der Arbeit des Vereins zugute. Ihre Spende erreicht uns über das unten angegebene Vereinskonto. Sie können außerdem bequem online spenden.

Der Verein ist gemeinnützig und Ihre Spende steuerlich absetzbar. Die ordnungsgemäße Verwendung aller Mittel wird durch die Kassenprüfer*innen des Vereins und ein Steuerbüro kontrolliert. Wenn Sie eine Spendenbescheinigung wünschen, teilen Sie uns bitte Ihre Anschrift mit.

Spendenkonto

Kontoinhaber: Miteinander e. V.
IBAN: DE14 8102 0500 0008 4734 00
SWIFT/BIC: BFSWDE33MAG
Bank für Sozialwirtschaft AG

Förderhinweise

Erstellung und Druck wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“

sowie durch Mittel des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Arbeit, Soziales und
Integration

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ, des BAFzA bzw. des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.



Miteinander e. V.
Geschäftsstelle Magdeburg
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg

Tel.: (0391) 62077-3
Fax: (0391) 62077-40
net.gs@miteinander-ev.de

Miteinander e. V.
Regionales Zentrum Nord
Chüdenstraße 4
29410 Salzwedel

Tel.: (03901) 30643-0
Fax: (03901) 30643-2
net.rzn@miteinander-ev.de

Miteinander e. V.
Regionales Zentrum Süd
Platanenstraße 9
06114 Halle/Saale

Tel.: (0345) 2266450
Fax: (0345) 2267101
net.rzs@miteinander-ev.de

Impressum

miteinander thema #5	Kulturkampf von Rechts
Redaktion	Pascal Begrich (V.i.S.d.P.), Claudia Krieg, Torsten Hahnel (Bild)
Fotos	T. Hahnel, St. Heide (S. 20)
Layout	Anke Tornow
Auflage	600

Magdeburg im Dezember 2017